

Simonis, Udo E.

Book Part — Digitized Version

"Qualität des Lebens" als Handlungsziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1978) : "Qualität des Lebens" als Handlungsziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, In: Herbert Krümpelmann, Volker Hauff (Ed.): Energieversorgung und Lebensqualität, ISBN 3-7883-0830-3, Neckar, Villingen, pp. 17-42

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112621>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

„Qualität des Lebens“ als Handlungsziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

„Fortschritt liegt in der Kritik dessen, was wir sind und was wir bereits wissen.“

Manès Sperber

1. Eingrenzungen

Die Sensibilisierung für die negativen Begleiterscheinungen und Inhalte des bisherigen Wachstums ist ein Anzeichen für die Erweiterung bzw. Umschichtung individueller und gesellschaftlicher Präferenzen. Dieser Umbruch wird sichtbar in neuen Begriffen – wie dem der „Qualität des Lebens“ und dem des „Qualitativen Wachstums“. Erhard Eppler hatte seinen vielbeachteten (und viel kritisierten) Vortrag über „Die Qualität des Lebens“ (1972) mit folgendem Satz begonnen: „Wir sprechen heute von Qualität des Lebens, obwohl wir nicht genau wissen, worin sie besteht, noch weniger, wie sie zu verwirklichen sei. Wir sprechen von Qualität, weil wir an der Quantität irre geworden sind. Am Anfang steht also auch hier nicht das Wissen, sondern der Zweifel¹.“ Seine Voraussage bestand darin, daß der Begriff, auch wenn er vorerst nur negativ faßbar sei, seine eigene Dynamik entfalten werde: „Er wird die Dürftigkeit des landläufigen Pragmatismus offenlegen, ideologische Vorstellungen durcheinanderwirbeln, alte Gegensätze relativieren und neue aufreißen².“ Seine Erwartung lag darin, daß, wenn es jemals des großen Gesprächs bedurfte, dann in einer Gesellschaft, in der es um die Qualität des Lebens geht: „Weil über die Qualität des Lebens wie nie zuvor politisch entschieden werden muß, wird dies eine politische Epoche sein. Es wird gestritten werden um politische und gesellschaftliche Strukturen³.“

Heute, sechs Jahre nach diesem Vortrag, können wir eines konstatieren: der Begriff hat seine Dynamik entfaltet, im wissenschaftlichen Bereich gibt es inzwischen eine Fülle an Veröffentlichungen, in denen Indikatoren für Lebensqualität beschrieben werden⁴. Nur: haben wir auch das „große Gespräch“, ist dies eine „politische Epoche“ im angespro-

chenen Sinne, wird gestritten um „politische und gesellschaftliche Strukturen“?

Zweifel sind angebracht, wenn auch einige aktive Gruppierungen unserer Gesellschaft das Thema in der Diskussion halten. In wirtschaftlichen Krisenzeiten also nicht darüber reden? Die dimensionsreiche Frage nach der „Qualität des Lebens“ scheint insbesondere in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit an Aktualität zu verlieren oder aber nur eindimensional beantwortet zu werden: natürlich Wachstum zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung!

Betrachtet man die Jahre seit Eplers Vortrag, so wird klar, daß es nicht nur Zyklen der Güterproduktion, sondern auch solche bei der Diskussion gesellschaftlicher Problemfragen gibt. Über Qualitäten wird wenig geredet, wenn die Quantitäten nicht stimmen. Doch so wie die Konjunktur ein altes Problem ist und die Notwendigkeit neuer Überlegungen und Vorschläge zu ihrer Bewältigung nicht aufhebt, so wird die Frage nach der Qualität des Lebens in vielfältiger Weise auf der Tagesordnung bleiben müssen – als generelles Handlungsziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik oder als Orientierung in den verschiedenen Politikbereichen.

Im folgenden Beitrag geht es primär und vor allem um eine Zieldiskussion. Wenig wird gesagt über neue Instrumente, mit denen Ziele zu erreichen sind; und dies aus folgenden Gründen: der Begriff der „Qualität des Lebens“ – wie auch der des „Qualitativen Wachstums“ – ist von vielen heterogenen Gruppen und in höchst unterschiedlicher Absicht vereinnahmt und gelegentlich auch mißbraucht worden. Wenn jemand in den letzten Jahren von „Qualität des Lebens“ oder von „Qualitativem Wachstum“ sprach, dann meinte er entweder die Forderung, Werte zu setzen, geltende Werte zu negieren und neue zu postulieren, er zielte auf gesellschaftliche und politische Strukturveränderungen bzw. auf ein Wachstum ab, das die Bedingungen für Lebensqualität verbessert – oder er meinte gar nichts, er gebrauchte eine Formel, die zu nichts verpflichtet und doch zeigt, daß man auf der Höhe der Zeit diskutiert. Mit anderen Worten: man kann mit dem Thema „Qualität des Lebens“ oder „Qualitatives Wachstum“ auch den Fragen ausweichen, welche Werte und Strukturen sich ändern, was denn wachsen und was schrumpfen soll. Man kann auch möglicherweise zu schnell bei den Instrumenten landen, bevor ausführlich über die Ziele diskutiert worden ist. So wichtig die Frage einer zukunftsweisenden Fortentwicklung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums – gerade auch zum jetzigen Zeitpunkt – ist, so wichtig dürfte die Diskussion um neue Ziele der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sein. Was wollen wir, was nicht? Solange man nicht klarer sieht, was denn wachsen soll, was nicht, hilft eine Debatte über neue Instrumente wenig. „Qualität des Lebens“ oder „Qualitatives Wachstum“ sind zunächst unbestimmte Begriffe. Es gilt sie zu konkreti-

sieren und nach Möglichkeit konsensfähig zu machen – zumindest im Sinne eines Minimalkonsens. Was sind Wegweiser in dieser Richtung? Um diese Frage beantworten zu können, scheint es sinnvoll zu sein, zunächst mit einem Blick auf die herkömmliche Definition von Wachstum zu beginnen.

Die herrschende Lehre definiert Wirtschaftswachstum von der Entstehungsseite her als die Zunahme der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, von der Verwendungsseite her als die Zunahme des für Konsum- und/oder Investitionszwecke verausgabten Einkommens einer Periode gegenüber einer Vor-Periode. Es wird mit Hilfe des herkömmlichen betriebs- und volkswirtschaftlichen Rechnungswesens ermittelt; auf der nationalen Ebene findet es seinen jährlichen Niederschlag in der Wachstumsrate des Sozialprodukts.

Entsprechend wird dann das Ziel der Wachstumspolitik auf folgende Weise definiert als:

- Wachstumsrate des realen Sozialprodukts (brutto oder netto);
- Wachstumsrate des realen Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung, pro beschäftigtem Arbeitnehmer bzw. pro Arbeitsstunde;
- Wachstumsrate des im Inland verfügbaren Sozialprodukts;
- Wachstumsrate der Konsumgüterproduktion (bzw. der im Inland verfügbaren Konsumgüter) oder
- Wachstumsrate der (im Inland verfügbaren) Konsumgüter und Staatsleistungen für die Befriedigung von Kollektivbedürfnissen.

Hierbei wird das Wachstumsziel dann entweder quantitativ festgelegt durch Nennung der erwünschten Steigerungsrate oder aber mit der Forderung nach einem möglichst hohen Wachstum umschrieben.

Wendet man den so definierten (hochaggregierten) Wachstumsbegriff auf unsere Gesellschaft an, so kann man feststellen, daß die Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen und bis in die jüngste Zeit hinein mit die höchsten Wachstumsraten in der Welt zu verzeichnen hatte, daß sie über die Zeit hin und bezogen auf die Zahl der Bevölkerung ein außerordentlich hohes Niveau der Wirtschaftstätigkeit und des Einkommens erreicht hat – nur übertroffen von zwei bzw. drei Industrieländern (das ist eine Frage des Wechselkurses, der zur Umrechnung zugrundegelegt wird) und von einigen der neureichen Ölländer.

Die Frage, ob (bzw. in welchem Maße) dieses hohe quantitative Wachstum der Wirtschaft auch qualitatives Wachstum war und zur Verbesserung der Qualität des Lebens der Bevölkerung beigetragen hat, die Frage, ob die genannten herkömmlichen Wachstumsdefinitionen auch qualitativ sind oder gemacht werden können – und damit die Frage nach den Kriterien qualitativen Wachstums –, diese Fragen sind damit

aber noch offen. Erhard Eppler sagt, daß „auf die Frage, ob es eine andere als die gängige Definition von Wachstum gebe, . . . man . . . entweder einen Schwall von Worten oder verlegenes Schweigen hören (kann). Es gibt eben bislang nur eine (akzeptierte, U. E. S.) Definition von Wachstum: die Zunahme der auf dem Markt angebotenen Güter und Dienstleistungen . . ., die sich in der jährlichen Sozialproduktrechnung niederschlägt. Und wenn das Bundesministerium für Wirtschaft (für Finanzen oder für Forschung und Technologie, U. E. S.) auf ein Wachstum von vier oder fünf Prozent setzt, dann meint es eben dies: die Zunahme des Bruttosozialprodukts, so wie es (bisher, U. E. S.) statistisch errechnet wird⁵.“ Wie aber könnte man sich der Bestimmung qualitativen Wachstums nähern?

Es gibt (eher) negative und (eher) positive (politische) Definitionen qualitativen Wachstums und der Lebensqualität. Was zunächst nicht kontrovers sein sollte, ist die Forderung, daß Ziele der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik möglichst konkret und bestimmt sein sollten: „Wenn es irgendeine Vision gibt, ein konkretes Bewußtsein von der Zukunft, dann sollte sie klar genug sein, damit andere sie begreifen und diskutieren können⁶.“ Die Entwürfe zu der hier im Mittelpunkt stehenden Idee des qualitativen Wachstums waren bisher allerdings ziemlich vage⁷. Die Definitionen waren des weiteren zumeist negativ und technisch, sozusagen Negation von Problemen oder Ärgernissen.

Auch die folgenden Ausführungen dürften ähnlich sein, wenn ich zunächst die meines Erachtens wesentlichen, durch den Wachstumsprozeß und die bisherige Wachstumspolitik entstandenen Probleme benenne und eine ökologische, gesellschaftliche und auf die wirtschaftspolitische Konzeption bezogene Wachstumskritik von drei Seiten her aufzeige: von der empirischen Seite („Erfahrung“), der methodischen Seite („Theorie“) und der Gestaltseite („Politik“) – und dazu jeweils einige Beispiele gebe.

Dem Leser bleibt die Einschätzung überlassen, bis zu welchem Grade auf diese Vorgehensweise die Kritik Johan Galtungs zutrifft, der in bezug auf die negative Definition der Qualität des Lebens folgendes gesagt hat: „Was diese Art der ‚Definitionen‘ hauptsächlich vermitteln soll, ist, daß unsere Gesellschaft im Grunde in Ordnung ist und damit auch der Trend der Entwicklung – nur daß es hier und dort ein paar Schrammen und Wunden gibt (an einem ansonsten gesunden Körper), die ein wenig ärztlicher Behandlung bedürfen, wenn auch nicht nur der Kosmetik. Eine negative Definition fragt nach der Möglichkeit der Kontrolle von Abweichungen, nicht nach der Einführung von etwas Neuem. Entsprechend bleibt sie nur an der Oberfläche des sozialen Organismus und ist für diejenigen, die sich an der Spitze der Gesellschaft befinden, sehr wahrscheinlich akzeptabel⁸.“

2. Zur empirischen Seite des Wirtschaftswachstums: die Defizite

Die wesentlichen wirtschaftlichen Probleme, die im Laufe des Wachstumsprozesses in der Bundesrepublik, aber auch in anderen Industrieländern, entstanden sind, können auf verschiedene Versäumnisse zurückgeführt bzw. in mehrere große Problembereiche eingeteilt werden. Im folgenden werden fünf solcher Problembereiche thesenartig (und gelegentlich sehr verkürzt) umschrieben, unter die wiederum eine Reihe von hier allerdings nicht diskutierten aktuellen Einzelproblemen subsumiert werden könnten.

2.1 Das „Umweltproblem“

Die Fähigkeit, die natürliche Umwelt zu erhalten, scheint nicht gewährleistet zu sein. Die Bewirtschaftung der Natur durch die herkömmliche Wirtschaftstätigkeit der Industriegesellschaften gefährdet die Reproduktionsgrundlagen dieser Gesellschaften in starkem Maße. Der Verbrauch begrenzter, nichtregenerierbarer Rohstoffe durch einzelne Gesellschaften oder einzelne Generationen nimmt keine oder aber zu wenig Rücksicht auf andere Gesellschaften und künftige Generationen. Mit anderen Worten: Die moderne Wirtschaftsweise beruht auf einem Abbau und einer Belastung der natürlichen Ressourcen, die zu einem ersten Problem geworden ist. Die diesbezüglichen Produktions- und Verwendungsgewohnheiten können kein Modell sein für die Zukunft und auch nicht für die Welt als Ganzes.

Mit dem raschen Wirtschaftswachstum in der industrialisierten Welt hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg vor allem ein drastischer Wandel der produzierten Güterarten und der angewandten Technologien vollzogen. Ein Kennzeichen dieses Wandels ist die fortschreitende Substitution von natürlichen Stoffen durch von der Natur nur relativ schwer abbaubare synthetische Stoffe und von wenig energieintensiven Produkten durch solche mit hohem Energieanteil. Das Wachstum war und ist weiterhin von einem zunehmenden Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung gekennzeichnet. Die Substitution menschlicher Arbeit durch andere Energieformen und ihre Nutzung für neue Güter und Dienstleistungen dürfte zwar ein generelles Kennzeichen der Industrialisierung sein, doch hat in den letzten Jahrzehnten die schnelle Zunahme des Energieverbrauchs eine besondere Bedeutung gewonnen, d. h. die Beziehung Energieverbrauch – Umweltkapazität wird zunehmend kritischer. Wie aber kann der Übergang von den gegenwärtigen Formen des raschen Abbaus der natürlichen Ressourcen zu einer an langfristiger Erhaltung orientierten Praxis der Bewirtschaftung der Natur – und in angemessener Frist – gelingen?

Die von seiten der Ökonomen zumeist vorgeschlagene „pretiale Lösung des Umweltproblems“ – Erhöhung der Rohstoffpreise bzw. Besteuerung der (oder Abgaben auf) Umweltschädigung – muß sich in der Praxis dem Problem stellen, daß entweder zu viele Möglichkeiten bestehen, diese Regel zu umgehen, oder daß ihre Anwendung zu gesellschaftlich unerträglichen negativen Verteilungswirkungen führt (national wie weltweit).

Des weiteren wäre die Behauptung zu widerlegen, daß der derzeitige Prozeß der ökonomischen Entwicklung in marktwirtschaftlich organisierten Industriegesellschaften von Triebkräften beherrscht wird, die der aus ökologischen Gründen erforderlichen Neuorientierung der Wirtschaftsweise entgegenstehen. In der Frageform formuliert: Besteht unter den gegenwärtigen Bedingungen ein struktureller Zwang zur Expansion, der eine Stabilisierung der Rohstoff- und Energieumsätze auf einem gewissen Niveau nicht zuläßt? Oder anders gefragt: Ist ein wirtschaftlicher Strukturwandel, bei dem das Wachstum des Sozialprodukts von dem der Rohstoff- und Energieumsätze „entkoppelt“ ist, politisch realisierbar oder nicht?

Theoretiker, die sich ein hoch entwickeltes Industrieland ohne Wirtschaftswachstum und ein Wachstum ohne Zunahme des Energieverbrauchs nicht vorstellen können, stellen diese Frage anders: „Welches ist die niedrigste Wachstumsrate des Energieumsatzes, welche unsere Gesellschaft ohne tiefgreifende, ihre Struktur gefährdende Krisen würde ertragen können?“

Ob man nun gerade Strukturwandlungen im Hinblick auf die Lösung des Umweltproblems für notwendig hält oder sie – wie dies im letzten Zitat zum Ausdruck kommt – fürchtet, auf jeden Fall muß eine Konzeption einer ökologisch besser angepaßten Wirtschaftsweise die vorhandenen Motive und Interessen, die zu einer weiteren Expansion der betreffenden ökonomischen Aktivitäten (Rohstoff- und Energieumsatz) drängen, mehr als bisher in die Betrachtung einbeziehen.

2.2 Das „Beschäftigungs- und Identitätsproblem“

Der zweite der hier zu nennenden Problembereiche hat ebenfalls eine quantitative und eine qualitative Seite und bedarf zu seiner Lösung auch mehr als einer aktiven, herkömmlichen keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik. In den 24 reichsten westlichen Industrieländern sind zur Zeit ca. 16 Mio. Menschen arbeitslos. Arbeitslosigkeit ist daher zunächst ein quantitatives ökonomisches Problem, zugleich aber auch mehr als dies. Erzwungene, nicht selbst änderbare Untätigkeit führt zu Orientierungslosigkeit, zu psychischen Krisen und zu Belastung aller sozialen Beziehungen. Solange die „Produktivität“ des Menschen von

seiner Position in einem produktiven Organismus herrührt, ist er ohne diese „unproduktiv“ und erfolglos. Existenzsicherung durch das geknüpfte „soziale Netz“ allein kann dieses Problem nicht lösen, da die psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit dabei unberücksichtigt bleiben. (Man denke z. B. nur daran, daß jeder dritte Arbeitslose in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ein Jugendlicher ist.)

Für die Lösung des Beschäftigungsproblems in quantitativer Hinsicht steht (herkömmlich definiertes) Wirtschaftswachstum hoch im Kurs. Alle Wirtschaftsforschungsinstitute in der Bundesrepublik zum Beispiel plädieren für „Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum“ – wobei Wachstumsraten von 7 % als erforderlich „gehandelt“ werden. Hierzu stellen sich einige Fragen: Wenn Vollbeschäftigung nur bei hohem Wachstum realisierbar wäre und dieses die ökologische Stabilität angreift, heißt dann die Alternative: Kollaps der Umwelt versus Kollaps der Marktwirtschaft? Muß der Prozeß der ständigen Erhöhung der Produktion und des Konsums ins Unendliche fortgesetzt werden – zur Erhaltung des Systems? Oder drängt sich nicht vielmehr die Frage immer stärker auf, wie Beschäftigung auch ohne (hohes) Wachstum gesichert werden kann, wie eine „beschäftigungsintensive Wirtschaftsstruktur“ zu erreichen ist?

Zur Frage, ob die Vollbeschäftigung über ein beschleunigtes Wachstum des Bruttosozialprodukts (von 7 %) angestrebt werden solle, sagt die Perspektivkommission der F.D.P.: „Eine solche Ausweitung des quantitativen Wirtschaftswachstums in seiner bisherigen Struktur ist weder von den Voraussetzungen her möglich, noch von den Nebenwirkungen her gesellschaftlich wünschenswert¹⁰.“

Dagegen setzen der Sachverständigenrat, die Konjunkturinstitute und der Bundeswirtschaftsminister (der F.D.P.) auf eine Wachstumspolitik über eine Bevorzugung der Gewinne und der Lohnrückhaltung („Lohnpause“). Wer aber die zentrale wirtschaftspolitische These „zu hohe Löhne, zu niedrige Gewinne“ verwendet, der vergißt, daß die gesamtwirtschaftliche Verteilungskorrektur zu hoher Löhne über höhere Kapazitätsausnutzung, Produktionsausbau und Preissteigerungen, die Korrektur zu hoher Gewinne dagegen durch Vernichtung von Produktionskapital auf dem Wege über Bankrotte und Massenarbeitslosigkeit erfolgt. Eine globale, undifferenzierte Wachstumspolitik vergißt aber auch, daß in einer vermachteten Wirtschaft staatliche Ausgabenprogramme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zwar gewinnsteigernd, aber nicht notwendigerweise arbeitsplatzschaffend ausgenutzt werden können. Sie vernachlässigt auch die Segmentierung des Arbeitsmarktes, die durch die Strategie der Unternehmen verursacht wird: „primäres“ Segment mit stabiler Stammebelegschaft, „sekundäres“ Segment mit instabilen Arbeitsplätzen.

Zögernd, wenn auch angesichts der derzeitigen Größenordnung an Arbeitslosigkeit viel zu langsam, kommt die Diskussion um eine strategische Senkung der Arbeitszeit in Gang. Das Ziel der Wachstumspolitik – so hatte ich anfangs zitiert – kann als „Wachstumsrate des realen Sozialprodukts“, es kann aber auch als „Wachstumsrate des Sozialprodukts pro Arbeitsstunde“ definiert werden. Schon diese (durchaus traditionelle) Wachstumsdefinition liefert eine (neue) Perspektive: Bewußte (stufenweise) Verringerung der individuellen und gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit, d. h. Verkleinerung des Nenners des Wachstumsquotienten, wenn der Zähler (aus welchen Gründen auch immer) nicht mehr in gewohnter Weise zunimmt oder zunehmen kann.

Die Diskussion über qualitatives Wachstum kann und muß also auch die Frage nach der Arbeitszeit und ihrer Verwendung mitbedenken, der steigende Grenznutzen der Freizeit und der sinkende Grenznutzen zusätzlicher materieller Güter ist zu konstatieren: „affluence tends to reduce the effort devoted to production of things“ (*P. Samuelson*).

Welcher der bisher bei uns diskutierten Vorschläge: Senkung der wöchentlichen bzw. jährlichen Arbeitszeit *oder* Herabsetzung des Rentenalters und Heraufsetzung der Schulzeit ein akzeptablerer Lösungsbeitrag zum Beschäftigungs- und Identitätsproblem ist, ist gesellschaftspolitisch offen. Was die letztere Möglichkeit betrifft, so erscheint mir die damit entstehende Vision eines „Dreißig-Jahre-Lebens“ (*J. Galtung*), die Reduzierung des Menschen auf seine ökonomisch produktive Phase, als bedrohlich. Wie natürlich auch jede Einengung des anstehenden Problems auf die Frage der besseren Verteilung der Arbeitszeit („knappe Arbeit auf mehr Schultern verteilen“) vordergründig ein quantitatives Argumentieren ist, das die qualitative Ebene der menschlichen Tätigkeit nicht oder bestenfalls indirekt berücksichtigt; der überlieferte Lebensrhythmus – Kindheit, Ausbildung, Beruf, Ruhestand – wird dabei im wesentlichen nicht in Frage gestellt. Hier muß ebenfalls ein empirisches Defizit konstatiert werden: die Chancen und Möglichkeiten, den Arbeitsprozeß selber sinnvoller zu gestalten, sind generell nur ungenügend genutzt worden. Die Möglichkeiten der „vertikalen Rotation der Arbeit“, der „Erweiterung der Arbeit“, der „kooperativen Form der Arbeitsorganisation“, der „Integration und Verschiebung der einzelnen Lebensphasen zu einem komplexeren Lebensrhythmus“ sind bisher nicht in nennenswertem Umfang realisiert. Und wo sind die Chancen einer „konvivalen Gesellschaft“ erkannt worden¹¹?

Doch selbst ein quantitativ so einleuchtendes volkswirtschaftliches Konzept wie das, „den Produktivitätszuwachs zum Teil als Arbeitszeitverkürzung, zum Teil als Lohnerhöhung weitergeben!“, hat möglicherweise die betriebswirtschaftliche Tücke, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht durch Neueinstellung von Arbeitskräften, sondern durch verstärk-

te Rationalisierung, Automatisierung oder Intensivierung der Arbeitsbelastung aufgefangen wird. Dieser quantitativen Verringerung des arbeitsmarktpolitischen Effektes des Konzepts muß ein qualitativer Riegel vorgeschoben werden – im Sinne einer „Arbeitszeitverkürzung zu definierten Arbeitsbedingungen“.

2.3 Das „Technologieproblem“

Es scheint, daß bisher nirgends ein ausreichendes gesellschaftspolitisch verantwortliches Management für die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien herausgebildet worden ist. Die technologische Ethik, die Können mit Dürfen und Sollen identifiziert, erstreckte sich weit über die technische Sphäre hinaus und bildete für viele den Inbegriff der technischen Zivilisation.

Die arbeitsplatzbedrohenden Folgen des privatwirtschaftlichen Umgangs mit dem technischen Fortschritt sind in jüngster Zeit besonders deutlich geworden. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Erlangen sind in der Bundesrepublik in den Jahren 1970–1975 jährlich im produzierenden Gewerbe 3 % der Arbeitsplätze durch technischen Wandel eingespart worden. In verschiedenen Verwaltungsberufen und im Druckereiwesen hat inzwischen die Rationalisierung voll eingesetzt. Was hier (zum ersten Mal) unübersehbar deutlich wird, ist eine Folge jener „dritten industriellen Revolution“, die ganze Berufsstände mit alter Tradition überflüssig machen könnte.

Weichen für die konkrete Qualität des Wachstums werden aber wohl vor allem und in besonderem Maße in der Energiepolitik gestellt. Nur einige Erläuterungen hierzu. Mit einem Investitionsprogramm von über 100 Mrd. DM allein für atomare Energie innerhalb eines Jahrzehnts werden natürlich Richtung und Art des Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik wesentlich vorprogrammiert: ein Wachstum in Richtung auf kapital- und energieintensive Großtechnologie, organisatorisch stark konzentriert auf wenige (multinationale) Unternehmen und Anlagen, bei Bindung großer finanzieller, institutioneller und personeller Kapazitäten, die für alternative Forschungen nicht mehr zur Verfügung stehen, angewiesen auf wachsende Sicherheitsanstrengungen und mit vielfältigen sonstigen Auswirkungen auf die übrige Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Umwelt.

Im gleichen Maße wie die genannten Tendenzen sich verstärkt durchsetzen, zeigt sich immer deutlicher, daß der technische Fortschritt auch Kosten und enorme Risiken aufweist und daß deshalb eine neue Einstellung sichtbar wird: die bewußte Ablehnung von Technologien wegen ihrer ökologischen, sozialen und politischen Folgen. Wenn die negativen

Effekte einer Technologie ein unerträgliches Maß erreichen und Versuche, die Trends zu korrigieren, scheitern, dann erweist sich der technologische Imperativ, daß jede Technologie, die entwickelt wird, auch angewendet werden sollte, letztlich als pathogen. Dann kann man sich nicht mehr alles, was technisch machbar ist, auch wirklich leisten. Dann muß insbesondere auch die schleichende Aushöhlung von Grundrechten durch technische Entwicklungen sorgfältig geprüft und letztlich verhindert werden.

Ließe man diese Entwicklungen unüberlegt und ungesteuert alleine laufen, dann könnte der (soziale und politische) Preis dafür bald allzu hoch werden. Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften haben oft sehr spät und in verschiedenen Fällen noch immer nicht begreifen wollen, welche weitreichenden Konsequenzen neue Technologien nach Erreichung eines hohen Entwicklungsstandes haben. Eine bewußte Absage an technischem Fortschritt ist politisch noch immer ein Tabu. Eine Diskrepanz zwischen der Wachstumsrate der Produktivität und der der Produktion wird stets mit der Anhebung der letzteren, nie mit der Senkung der ersteren zu beantworten versucht. Während einzelne sehr wohl bewußt und gelegentlich erfolgreich aus dem allgemeinen Trend der Technologisierung ausbrechen, kann die Gesellschaft als Ganzes diesen Schritt offenbar (noch) nicht tun. Dennoch haben alle Industriegesellschaften ein gewisses Instrumentarium der Technologiefolgenabschätzung entwickelt: Bau- und Gewerbeaufsicht, technische Überwachungsvereine usw.

Indem Technologie-Bewertung unerwünschten ökologischen, sozialen (und letztlich auch politischen) Folgen vorzubeugen versucht, befaßt sie sich gewissermaßen mit der Qualität von Produktionsvorgängen. Die bisherigen Versuche, die anstehenden Probleme systematisch anzupacken, stießen jedoch auf mehrere Schwierigkeiten:

- Die vorhandenen Technologiebewertungsstellen verstehen sich primär als Institutionen der Förderung und nicht der Lenkung oder Kontrolle des technischen Fortschritts.
- Bei dem gegebenen Problembewußtsein und Selbstverständnis entsteht ein Entscheidungsdilemma derart, daß nicht klar ist, ob mehr bzw. bessere Kontrolle den privatwirtschaftlichen Umgang mit der Technikentstehung und -anwendung einschränkt und damit fundamentale Aspekte der marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft aufhebt; in solchen Fällen unterbleibt Technologiekontrolle im eigentlichen Sinne.
- Ferner ist aber nicht zu übersehen, daß selbst dort, wo eine umfassende Technologiebewertung erfolgt, ihr (häufig) mißtraut wird. Hier wäre zumindest „Gegenöffentlichkeit“ durch Doppelforschung und Doppelbewertung erforderlich.

2.4 Das „Verteilungsproblem“

Wie immer man Gerechtigkeit definieren mag, kaum jemand wird behaupten wollen, daß es bisher gelungen sei, eine auch nur annähernd gerechte Verteilung von wirtschaftlicher Macht und Wohlstand innerhalb und zwischen den Staaten herbeizuführen. Die Formulierung der Machtfrage – wer wen? – findet noch immer leicht ihre Antwort. Unbestreitbar besteht in einer wachsenden Wirtschaft kapitalistischer Provenienz eine Tendenz zur Akkumulation der Einkommen und der Vermögen im Besitz von relativ wenigen: „Es ist eine historische Tatsache, daß die immanenten Gesetze des Kapitalismus zur Akkumulation des Kapitals in Händen weniger führen¹².“ Diese Tendenz wird durch Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit, der sozioökonomischen Mobilität und durch mannigfache andere Maßnahmen in Schach gehalten. Aber diese Maßnahmen haben für eine gerechtere Verteilung nicht ausgereicht – das Sozialproduktwachstum hat das Verteilungsproblem nicht gelöst, das „trickle-down“-Postulat hat sich nicht erfüllt.

Hierzu nur zwei Beispiele: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt in der Bundesrepublik seit 1969 ständig an. Wie jüngste Erhebungen des Statistischen Bundesamtes ausweisen, hat die Zahl der Sozialhilfeempfänger eine Größenordnung von mehr als 2 Mio. Menschen erreicht – wobei nach Aussagen des Amtes noch eine erhebliche Dunkelziffer vorliegt. Es gibt zahlreiche Menschen, die „an sich“ sozialhilfeberechtigt wären, aber aus Scham oder mangelnder Information diese Hilfe nicht in Anspruch nehmen. Diese Gruppe würde den offiziellen Kreis der Sozialhilfeempfänger auf etwa das Doppelte, d. h. 4 Mio. Menschen anheben¹³. Zur gleichen Zeit hat die Zahl der Einkommens- und Vermögens-Millionäre weiter zugenommen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, stellte im Juli 1977 fest, daß die Einkommensunterschiede in der Bundesrepublik größer geworden sind¹⁴: So wuchs (1976) das durchschnittliche Nettoeinkommen der Selbständigen-Haushalte um mehr als 14 % auf 6 565 DM im Monat, während die Angestellten-Haushalte mit 2 695 DM im Monat nur knapp 4 % mehr erreichten; Arbeiter-Haushalte hatten mit 2 300 DM ebenfalls 4 % mehr (als 1975) zur Verfügung, während Rentner-Haushalte über durchschnittlich 1 630 DM verfügten. Anders ausgedrückt: Während im Jahre 1975 einem Arbeitnehmer-Haushalt im Durchschnitt 42 % der Einkünfte eines Selbständigen-Haushaltes zur Verfügung standen, waren es im Jahre 1976 dagegen nur noch 38 %.

Die bisherige Steuerpolitik hat, auch dies ist kaum zu bestreiten, die (teilweise phantastischen) Einkommens- und Vermögensunterschiede in der Bundesrepublik nicht kleiner gemacht. Es wird gelegentlich die These vertreten, daß es eher umgekehrt sei. Auch jede auf linear-prozentuale Steigerungsraten abzielende Lohnpolitik der Gewerkschaften

bzw. eine ebensolche Steuersenkungspolitik des Staates trägt nicht zur Lösung des Verteilungsproblems im hier verstandenen Sinne bei. Eine Wachstumspolitik via Verschlechterung oder auch nur Beibehaltung der jetzigen Einkommens- und Vermögensverteilung ist aber sicherlich kein Beitrag zu „qualitativem Wachstum“.

2.5 Das westliche Paradigma und die Notwendigkeit seiner Veränderung

Jede Gesellschaft hat ihre Leitgedanken. Der die Nachkriegszeit beherrschende Leitgedanke in der Bundesrepublik war: Materieller Wohlstand und technologischer Fortschritt! „Ausdruck der Epoche des quantitativen Wachstums ist im soziologischen Bereich . . . die Formulierung einer Leistungs- und Konsumgesellschaft, deren Institutionalisierung letztlich auch zur Aufrechterhaltung des quantitativen Wachstums notwendig war¹⁵.“ Jahrzehntlang dachte man über die Zukunft nur äußerst positiv. Dieses Zukunftsbild hat sich zweifelsohne überlebt. Wir beobachten zahlreiche Symptome sozialer Desorientierung, vielfältige Entfremdungsprozesse und ein gestiegenes Mißtrauen gegenüber staatlichen Institutionen. Der materielle Wohlstand führte zu zahlreichen immateriellen Problemen, der technologische Fortschrittsglaube wird getrübt von der Forderung nach einer stärker kontrollierten Technologie.

Rückblickend kann man feststellen, daß ein bestimmtes Paradigma (d. h. die Grundlagen des Wahrnehmens, Denkens, Bewertens und Handelns, verbunden mit einer besonderen Vision der Realität), welches über die Zeit seine Bedeutung gewann, alle Bereiche der Gesellschaft entscheidend beeinflußt hat. Kennzeichnend für dieses Paradigma dürften unter anderem die folgenden Prämissen sein:

- Die Menschen sind in erster Linie durch den Wunsch nach dem Erwerb materieller Güter motiviert, Überfluß bringt Erfüllung. Diese Prämisse setzt wiederum voraus, daß die Gesellschaft nach einem ständig wachsenden Wohlstand streben sollte. Sie führt (zwangsläufig) zu dem Ergebnis, daß die individuelle Identität eines Menschen und sein Erfolg im Leben an seinem Besitz und Einkommen oder seinem beruflichen Status gemessen werden.
- Auf ihrer Suche nach materiellem Wohlstand sind die Menschen berechtigt, sowohl die Natur als auch den Mitmenschen nach deren Nützlichkeit zu behandeln. Deshalb wird die Natur als etwas vom Menschen Abgesondertes gesehen, das für seine Zwecke manipuliert werden kann. Die Mitglieder der Gesellschaft stehen miteinander im Wettbewerb um materiellen Gewinn und glauben, damit dem Allgemeinwohl zu dienen.

- Der beste Weg zur Entwicklung der Gesellschaft verläuft über die Industrialisierung der Güterproduktion und die Rationalisierung der Dienstleistungen. Diese Prämisse führt zur Beeinträchtigung der physischen Umwelt und zur Beeinflussung der psychischen Substanz des Menschen.

Mißt man dieses Paradigma, das unsere Gesellschaft beherrscht, an den zutagegetretenen (hier allerdings nur kurz skizzierten) Problemen, so mag die These gelten, daß eben dieses Paradigma zu Prozessen und Sachlagen führt, die schließlich seine immanenten Grundlagen angreifen. Dies bedeutet insbesondere eine massive Herausforderung für die Bedingungen, Art und Ausformungen des bisherigen wirtschaftlichen Wachstums. Diese Herausforderung annehmen, heißt nachzudenken über ein alternatives Paradigma, das neue Ziele und Orientierungen der wirtschaftlichen Tätigkeit aufweist, neue Erfolgskriterien benennt, an denen wirtschaftliche Entscheidungen und Prozesse zu messen sind, auf daß die Qualität des Lebens zu einem konkreten Handlungsziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden kann. Zu diesen beiden Fragen sollen im folgenden einige Überlegungen angestellt werden.

3. Zur methodisch-theoretischen Seite des Wirtschaftswachstums: Neue Handlungsziele

3.1 Wachstum als quantitatives Ziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Wirtschaftswachstum, als Wachstum der Produktion und des Einkommens, ist nicht nur zum zentralen Ziel der Gesellschaft und ihrer Wirtschaftspolitiker geworden (kodifiziert im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vom 8. 6. 1967), es ist auch eine zentrale Kategorie der Wirtschaftswissenschaft. Was aber sagt diese zur Frage nach der Qualität des Wachstums, zur Frage, welches Wachstum sein soll, zur Frage „Wachstum wozu?“.

Fred Blum sagte kürzlich: „Nationalökonomie, das ist eine Wissenschaft mit einem mangelnden Engagement für gesellschaftliche Werte¹⁶“ und *Emil Küng* behauptet: „Für die traditionelle Nationalökonomie ist die Qualität des Lebens . . . ausschließlich eine Funktion der Quantität der Güterversorgung . . . Egoismus und Konkurrenz, nicht aber Gemeinwohl und Solidarität bestimmen das Wirtschaftsprinzip¹⁷.“

Trotz des Postulats der Wertfreiheit der Wissenschaft, auf das sich auch Ökonomen berufen, würden die meisten von ihnen die folgende zentrale Gedankenkette anerkennen: Vermehrter Einsatz der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, natürliche Ressourcen, technischer Fortschritt)

führt zu Wirtschaftswachstum (Zunahme des Bruttosozialprodukts); dies ist die Voraussetzung für die (bzw. bedeutet) Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt! Maßstab für Wirtschaftswachstum ist also das Sozialprodukt (insgesamt oder pro Kopf) bzw. dessen Wachstumsrate, das mit Hilfe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) bestimmt ist.

Die praktische Bedeutung der VGR ist groß, wenn auch nicht immer und für jeden erkennbar: Energiepolitik, Regionalpolitik, Bildungspolitik usw. sind in die VGR eingebunden bzw. richten sich an ihr aus. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) und das mit ihr ermittelte Bruttosozialprodukt (BSP) beruhen jedoch auf gewissen restriktiven Prämissen (die selbst viele derer, die über Wachstum reden, nicht kennen). Kurz gesagt: Wirtschaftswachstum, verstanden als quantitative Zunahme des herkömmlich definierten BSP, heißt *im wesentlichen nur* Notierung jener menschlichen Aktivitäten, die am Markt angeboten und nachgefragt werden – und deren Bewertung mit dem jeweils realisierten Marktpreis. In der Konsequenz bedeutet dies, daß die Wachstumsrate des BSP die Zunahme der gesellschaftlichen Wohlfahrt nicht umfassend umschreiben kann.

3.2 Herkömmliche Methoden zur Ermittlung und Förderung des Wirtschaftswachstums

Die Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt ist nicht ohne weiteres mit herkömmlich definiertem Wirtschaftswachstum identisch bzw. setzt dieses voraus. Dies auch schon deshalb nicht, weil man sich sehr wohl eine Erhöhung der Wohlfahrt der Gesellschaft durch bessere Verteilung des Vorhandenen vorstellen kann. Als *Arbeitshypothese formuliert*: Unter den gegebenen Bedingungen ist Wirtschaftswachstum, mit den herkömmlichen Methoden ermittelt, nicht qualitatives Wachstum. Für eine qualitative Wachstumspolitik fehlen uns bisher die Maßstäbe. Mit den herkömmlichen Methoden ist daher auch die (Steigerung der) Wohlfahrt der Gesellschaft nicht zu messen.

Begründung: Für die Ermittlung und Förderung qualitativen Wachstums ist das herkömmliche (betriebs- und volkswirtschaftliche) Rechnungswesen ungeeignet, weil es a) unvollständig ist und b) fehlerhafte Bewertungen beinhaltet.

Argumente zu Punkt a) betreffen alle jene Aktivitäten, die nicht über einen Markt gehen bzw. für die kein Markt im eigentlichen Sinne existiert. In Stichworten: *Eigenleistungen der Haushalte; die nicht behandelten Sozialkosten der Produktion und Konsumtion; die öffentlichen Güter; die Freizeit.*

Auch wenn man das Sozialprodukt durch Ausschaltung von Preisänderungen (Inflation, Deflation) bereinigt und Bevölkerungsveränderungen (Zunahme, Abnahme) berücksichtigt, um die „wahre“ wirtschaftliche Entwicklung widerzuspiegeln, kommt man an die qualitativen Probleme der Kategorie Sozialprodukt nicht heran, welche eben nur (mit gewissen Ausnahmen) die marktmäßig gehandelten Güter und Dienste erfaßt und mit ihrem Marktpreis bewertet: Noch immer ist das Sozialprodukt als zentrale Zielkategorie der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik so definiert, daß es unter sonst gleichen Umständen mit zunehmender Freizeit, zunehmender innerhäuslicher Tätigkeit, nachbarschaftlicher Hilfe, sparsamerem Energieverbrauch usw. sinkt – und umgekehrt: mit zunehmenden Wegekosten, wachsenden Werbeausgaben, Verkehrsunfällen, Rohstoffverschwendung usw. steigt – sich also umgekehrt verhält, wie man es von einem Wohlfahrtsmaß erwarten und wie man es für eine Politik des qualitativen Wachstums und der Lebensqualität benötigten würde. Fazit: „Die vorherrschende Orientierung am Sozialprodukt-Wachstum wird (einer) qualitativen Zielsetzung nicht gerecht“¹⁸.“

Argumente zu Punkt b): Was die Frage der fehlerhaften Bewertung wirtschaftlicher Aktivitäten durch die bisherige Sozialprodukt-Rechnung angeht, so liegt hier das besondere Problem in dem möglichen Auseinanderfallen von Tauschwert und Gebrauchswert; die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mißt den Tauschwert, nicht den Gebrauchswert von Gütern.

Am Beispiel der Gesundheitsausgaben erläutert, bedeutet dies, daß zwar die geldlichen Aufwendungen für Güter und Dienstleistungen im Gesundheitswesen erfaßt werden, daß aber alle diese Beträge nichts über den Wert des Gesundheitswesens und über den tatsächlichen Gesundheitszustand der Bevölkerung aussagen, sondern nur die Aufwendungen für die Gesunderhaltung bzw. die betreffenden Institutionen wiedergeben – die „Produktivität“ dieser Ausgaben bleibt offen.

Einfacher ausgedrückt: Die VGR herkömmlicher Art – über die Wirtschaftswachstum ermittelt und bestimmt wird – kann keine (und will auch keine) Unterscheidung zwischen guten und schlechten Ausgaben machen. Der gesellschaftliche Wert eines am Markt gehandelten Gutes liegt in dem dafür realisierten Preis, wobei dieser Preis wiederum administriert oder monopolisiert sein kann. Die Konsum- und Investitionsausgaben, egal von wem, egal wofür getätigt, werden registriert. Jede Mark hat das gleiche Gewicht, egal, wieviel man davon bereits hat. *Die Produktion aller gehandelten Güter und Dienste, die Verausgabung des Einkommens für Konsum- und Investitionszwecke jeglicher Art, all dies geht positiv in das Sozialprodukt ein – und dieses ist das zentrale Zielkriterium der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.*

Es ist klar, daß dieses methodische Konzept aus der Wirtschaftswissenschaft keine ausreichende Basis für die *Bestimmung und Gewinnung*

der „Qualität des Lebens“ sein kann (zur Frage, welchen Kriterien ein entsprechendes Konzept genügen muß, siehe Beitrag Hauser). Emil Küng sagt in diesem Zusammenhang: Die Rezepte der Wirtschaftstheorie „... in bezug auf die Qualität des Lebens (sind) ... außerordentlich dürftig ... Reichtum als Glücksgarantie – so könnte man abgekürzt die herrschende Auffassung umreißen. (Materieller) Wohlstand als Synonym für die subjektive menschliche Wohlfahrt – so ließe sich die gedankliche Grundlage für den Großteil der wirtschaftlichen Tätigkeit und der wirtschaftspolitischen Maßnahmen charakterisieren¹⁹.“ Johan Galtung faßt seine Kritik an der Wirtschaftswissenschaft und deren eingegrenzter Sichtweise des Menschen und der Gesellschaft wie folgt zusammen: „Die Entwicklung der Gesellschaft wurde eingeschränkt auf die Ebene des ökonomischen Wachstums ... , die Bedürfnisse des Menschen sind reduziert auf das materielle ökonomische Bedürfnis nach steigendem Einkommen²⁰.“

Auf der Grundlage des skizzierten methodischen Konzepts werden in der Wirtschaftspolitik des Alltags dann Gedankenketten befolgt wie jene, daß nur durch eine hohe Wachstumsrate des Sozialprodukts Vollbeschäftigung gesichert, der Umweltschutz ermöglicht und Verteilungsgerechtigkeit erreicht werden könne. „Wachstum wird zum Ersatzstück für Gerechtigkeit“ – Wachstum wird zum Fetisch.

Obwohl über die immanenten Mängel des Sozialprodukts als „Wohlfahrtsmaß“ schon früh und seit einigen Jahren sogar recht intensiv wissenschaftlich diskutiert worden ist²¹, hat die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Praxis hieraus bisher keine erkennbaren Konsequenzen gezogen. Die allgemeine Wirtschaftspolitik, aber auch die Energiepolitik, sind nach wie vor vom bisherigen Konzept bestimmt und auf dieses ausgerichtet. So sind auch alle amtlichen Energiebedarfsprognosen aus Prognosen des (für Qualitätsbetrachtungen von uns als strukturell fehlerhaft bezeichneten) Sozialprodukt-Konzepts abgeleitet. Es wäre ein Zufall, wenn Ableitungen aus fehlerhaften Konzepten nicht ebenfalls zu fehlerhaften Ergebnissen führten.

3.3 Methodische Ansätze zur Qualifizierung des Wachstumsziels

Doch muß qualitatives Wachstum nicht ein Beiwort ohne Substanz bleiben. Was man methodisch in dieser Richtung tun kann, wie man die (meines Erachtens notwendige) Qualifizierung des Wachstumsziels erreichen kann, darüber soll nun einiges gesagt werden. Dies geschieht hier nur skizzenhaft, weil an anderer Stelle dieses Bandes (vgl. Beitrag von S. Hauser) darüber explizit berichtet wird und auch in bereitwilliger Einschätzung der Vorläufigkeit und des noch nicht ausgereiften Entwicklungsstandes der diesbezüglichen Forschungsanstrengungen.

Erhard Eppler hat kürzlich die Frage gestellt, ob denn Wirtschafts- und Energiepolitik heute und in Zukunft nicht mehr zu bieten haben, als Reaktion auf Defizite: „Der sogenannte Sachzwang beginnt damit, daß zur Lösung des jeweiligen Problems bestimmte Wachstumsraten als notwendig postuliert werden, ohne daß dieses Wachstum inhaltlich beschrieben würde. Die Formel vom ‚qualitativen Wachstum‘ dient dabei als entschuldigende Leerformel, solange nicht gesagt werden kann, was wachsen soll und was nicht. Wer dieser Prämisse zustimmt, kommt zwangsläufig zu der heute praktizierten Politik²².“ Man braucht dieser Prämisse nicht zuzustimmen – und hier soll versucht werden aufzuzeigen, wie man „qualitatives Wachstum“ positiv operabel machen kann. Wir kommen damit zurück auf die Rolle der Wissenschaft. Was ist zu tun?

Methodisch gesehen geht es darum, eine Qualifizierung des Wachstumsziels zu erreichen. Wohlfahrtsorientiertes Sozialprodukt, gesellschaftliche Berichterstattung, Bedürfnisermittlung, Gebrauchswert-Orientierung der Produktion, Organisation eines die gesellschaftlichen Präferenzen artikulierenden Diskurses sind hier relevante Stichworte. Pragmatisch orientierte Versuche dieser Art laufen in verschiedenen Ländern unter verschiedenen Begriffen. Es stehen dabei Konzepte, welche auf monetären Aggregaten beruhen, die aber im Gegensatz zur traditionellen VGR Aussagen über gesellschaftliche Wohlfahrtslagen zulassen, solchen Ansätzen gegenüber, die (überwiegend) mit in realen Einheiten gemessenen Indikatoren arbeiten. Bei letzteren lassen sich wiederum Konzepte, die die Lebensbedingungen der Bevölkerung in (eher) objektiven Maßen erfassen wollen von jenen Ansätzen unterscheiden, die mittels Erhebung von Umfragedaten subjektive Zufriedenheiten, subjektives Wohlbefinden erfassen wollen. Es soll an dieser Stelle nur auf zwei Versuchstypen eingegangen werden.

a) *Nettowohlfahrtsindex*²³

Dieser methodische Ansatz versucht, wohlfahrtspositive von wohlfahrtsnegativen wirtschaftlichen Aktivitäten zu trennen und auf diese Weise zu einem Maß der Netto-Wohlfahrt der Gesellschaft zu gelangen. Eine solche Unterscheidung, die die Wirtschaftswissenschaft bisher vermieden hat, ist notwendig für die Formulierung eines substantiellen statt formalen Rationalitätsprinzips und seiner Anwendung in der Praxis. Sie erfordert die Berücksichtigung und Bewertung von gesellschaftlichen Bedürfnissen, die jetzt am Markt nicht vertreten sind, bzw., daß bestimmte private Bedürfnisse, die über den Markt befriedigt werden, gesellschaftlich relativiert werden. Ausgangspunkt dieser Arbeiten ist die Annahme, daß herkömmliches Wirtschaftswachstum und gesellschaftliche Wohlfahrt sich gegenläufig entwickelt haben bzw. entwickeln können. Dies soll festgestellt werden durch sozioökonomische und nicht nur

ökonomische Messung, um dann entsprechende Änderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik einleiten zu können.

Als Beispiel eines relativ weit entwickelten Ansatzes in dieser Richtung nenne ich die Arbeiten des japanischen Wirtschaftsrates zum „Net National Welfare“ (NNW). Sie schlagen vor, durch Subtraktionen (für Umweltschäden, Umweltinvestitionen, Urbanisierungskosten) aber auch Additionen (für Freizeit, Haushaltstätigkeit, Infrastruktur) von der bzw. zur traditionellen Sozialproduktrechnung die Wachstumsermittlung aussagefähiger zu gestalten.

Mit diesen Arbeiten wird nachgewiesen, daß das traditionell berechnete Sozialprodukt (und dessen Wachstumsrate) überhöht ist, weil insbesondere die Umweltfaktoren und deren Veränderung in der VGR nicht (ausreichend) berücksichtigt werden. Dieser methodische Ansatz bleibt allerdings insofern „einseitig“, als er die Wohlfahrt der Gesellschaft in Geldeinheiten zu messen sucht.

b) Sozialindikatoren²⁴

Grundsätzlich mehr-dimensional angelegt sind dagegen die Versuche zur Ermittlung der Lebensbedingungen mit Hilfe von Sozialindikatoren, mit denen alle Bereiche menschlicher Aktivität durchleuchtet werden sollen, die für die Lebensqualität des einzelnen und der Gesellschaft bedeutsam sein können. Ausgegangen wird von einer (mehr oder weniger) systematischen Analyse des globalen Wohlfahrtsziels, das dann in Komponenten oder Zielbereiche eingeteilt wird, wobei der im engeren Sinne ökonomische Bereich nur einer von mehreren Bereichen ist.

In diesen Arbeiten werden daher zunächst (mehr oder weniger umfangreiche) soziale Zielbereiche definiert. Auf einer mehr detaillierten Ebene wird dann mit der Suche und Quantifizierung von einzelnen Indikatoren (objektiver und subjektiver Art) begonnen. Insgesamt werden so Zeitreihen von zahlreichen Einzelindikatoren ermittelt. Sie können auf ihre interne Korrelation (Verknüpfung, Beziehung) untereinander und mit dem traditionell ermittelten Sozialprodukt untersucht werden – und dann auch in einem ökonometrischen Planungsmodell Eingang finden (wie dies zum Beispiel im Welfaremetrischen Modell der Japanischen Wirtschaftsplanungsbehörde durchexerziert wird).

Die Mehrzahl der bisherigen methodischen Ansätze zur Bestimmung von „Lebensqualität“ gehen von einem solchen Komponentenschema (Zielbereiche) aus, das als Bezugsrahmen für ein Indikatorenbündel fungiert. Die Basierung eines gesellschaftlichen Berichtsystems auf ein solches Komponentenschema läßt entsprechend eine Vielzahl von Lösungen zu. Der (nach langen Diskussionen) vereinheitlichten Zusammenfassung ökonomischer Produktions- und Einkommensdaten in der

VGR steht hier also eine relativ große Anzahl von Ansätzen gegenüber, die die gesellschaftliche Entwicklung *unter Wohlfahrtsgesichtspunkten* anhand von verschiedenen Typen von sozialen Indikatoren sichtbar machen wollen. Diese Vielfalt spiegelt in gewisser Weise die bisherige inhaltliche Unbestimmtheit des Lebensqualitätsbegriffes wider. Die Schaffung eines allgemeinen und akzeptierten Bezugssystems ist nach wie vor dringlich, aber auch lösbar. Die konkrete Gewichtung der einzelnen Dimensionen der Lebensqualität entsprechend eines solchen Komponentenschemas bleibt dagegen kontrovers, d. h., eine politische Aufgabe im weitesten Sinne.

Ohne die Problematik von (Systemen der) Sozialindikatoren hier an dieser Stelle auch nur ansatzweise ausdiskutieren zu können, soll diese Skizze der Möglichkeiten zur Qualifizierung des Wachstumsziels und der Bestimmung von Lebensqualität mit einer Beurteilung beendet werden – bevor wir uns der *gestalterischen Seite des Wirtschaftswachstums* zuwenden: Diese Art der Analysen münden in einer Ganzheitsbetrachtung der *Lebensbedingungen der Gesellschaft, die, wie Emil Küng meint, „... die Identifikation der Lebenswerte mit den Marktwerten ... zu einer nahezu unverzeihlichen Sünde der modernen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden läßt²⁵.“*

4. Zur gestalterischen Seite zukünftigen Wirtschaftswachstums: ökologische, beschäftigungsmäßige, technologische und verteilungspolitische Kriterien

1. Der zentrale Aspekt der Förderung wirtschaftlichen Wachstums besteht darin, daß Investitionen getätigt werden. Diese aus der Wirtschaftstheorie übernommene Prämisse prägt die praktische Wirtschaftspolitik. Es ist nicht unangemessen zu sagen, daß Wirtschaftspolitik in unserem Wirtschaftssystem primär und vor allem, direkt oder indirekt, „Investitions-Förderungs-Politik“ ist. Wenn quantitatives Wirtschaftswachstum das Ziel ist, dann sind Investitionen ein Mittel zu diesem Ziel. Um national und international wettbewerbsfähig zu sein, sehen sich Investoren zu Produktivitätssteigerungen und die Regierung zu deren Förderung genötigt. Unter den bisher gegebenen Bedingungen führt dies (und den Beweis braucht man nicht mehr zu erbringen) zu steigendem Energie- und Rohstoffumsatz, der wiederum Umweltschäden und Ressourcenerschöpfung in sich birgt.

Organisatorisch gesehen heißt dies: Bevorzugung der Investoren gegenüber den Nicht-Investoren, relativ oder absolut, monetär oder psychologisch. Dies braucht dann kein besonderes Problem zu sein oder zu werden, wenn die Zahl der Investoren und Nicht-Investoren nicht in einem Mißverhältnis zueinander steht, der Nicht-Investor ein

Investor werden kann (oder dies zumindest glaubt), die Ergebnisse der Investitionsförderung gerecht oder nicht allzu ungerecht verteilt werden, d. h. den Investoren *und* Nicht-Investoren zugutekommen. In einem arbeitsteiligen und zugleich hochkonzentrierten Wirtschaftssystem besteht indes die Gefahr, daß alle oder einige dieser Voraussetzungen nicht oder aber zeitweise nicht erfüllt sind. In einer Wirtschaft auf hohem Niveau und mit komplexer Technologie steht allgemeine „Investitions-Förderungs-Politik“ daher vor dem Dilemma, diesen Konzentrationsprozeß noch zu verstärken. Wachstumspolitik wird zu Konzentrationspolitik – mit der möglichen Konsequenz, daß vieles zu groß, zu kompliziert und zu kapitalintensiv wird.

Allgemeiner ausgedrückt läßt sich das Politik-Problem in einem Wirtschaftssystem unseres Typs dahingehend umschreiben, daß einerseits die Notwendigkeit der Investitionsförderung besteht, daß andererseits aber die qualitative Einflußnahme auf die Zusammensetzung der Investitionen beschränkt oder nicht garantiert ist. Ob wegen des Nicht-Wissens oder des Nicht-Könnens – eine eigentliche Strukturpolitik ist in unserem Wirtschaftssystem bisher nicht vorhanden. Eine Wirtschaftspolitik, die die Struktur der gesamtwirtschaftlichen Investitionen nicht aktiv beeinflussen, den technologischen Wandel nicht bewußt steuern und den Mißbrauch von Marktmacht nicht wirksam kontrollieren und unterbinden kann, muß angesichts der Probleme, die sich der gesellschaftlichen Entwicklung heute stellen, immer wieder und schnell an ihre Grenzen stoßen.

2. Falls die weiter oben angesprochenen empirischen Probleme unserer Wirtschaft und Gesellschaft auch nur einigermaßen angemessen analysiert wurden, und wenn man tiefgreifende Änderungen im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß zu konstatieren bereit ist, dann bedarf die Lösung dieser Probleme des Übergangs zu einem neuen Paradigma. Dabei geht es dann nicht um die Frage: Wachstum – ja oder nein? Die Frage muß allenfalls lauten: Welches Wachstum? Es geht auch nicht um die Frage, ob ein dauerhaftes Wachstum des Sozialprodukts von 5 % jährlich möglich ist, sondern darum, ob wir uns ein Wachstum von 5 % der bisherigen Art dauerhaft vorstellen können. Und es muß auch nicht „um jeden Prozentpunkt mehr Wachstum gekämpft werden“, wie das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Modellrechnung kürzlich behauptete²⁶, wenn und solange dieses Wachstum ein zu sehr problembehaftetes Wachstum ist.

Obwohl der Übergang vom quantitativen Wachstum bisherigen Typs zu qualitativem Wachstum neuen Typs sicherlich problematisch ist und nicht ohne Reibungen vor sich gehen wird und die Formulierung dessen, was qualitatives Wachstum ist und sein soll, keineswegs von einem einzigen und ein für allemal vorgenommen werden kann, sondern vielmehr einer breiten und möglicherweise langwierigen Dis-

kussion in der Gesellschaft bedarf, so lassen sich doch bestimmte Kriterien benennen und aus dem bisher gesagten ableiten, die so etwas wie Wegweiser zu einem qualitativen Wachstum darstellen mögen.

3. Charakterisiert man qualitatives Wachstum vom Begriff und von der Genese her, so ist festzustellen, daß es aus den politisch-ökonomischen Folgen des quantitativen Wachstums entstand und als denkbare Alternative vorgestellt wurde. Qualitatives Wachstum als reale Utopie begriffen, könnte die Funktion eines neuen Leitgedankens übernehmen. Aufgabe bleibt dann jeweils die Konkretisierung qualitativen Wachstums für die je konkrete Situation.

Zu Anfang war gesagt worden, daß qualitatives Wachstum auf zwei Wegen bestimmbar sei: aus der Analyse der Negativerscheinungen bisherigen Wachstums und aus der positiven Bestimmung (willentlicher Vorgabe) zukünftiger Entwicklungen. Auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Ausprägung treten dann in allgemeiner entscheidungsmäßiger Sicht neben das als zu eng erkannte bisherige Wirtschaftlichkeitskriterium die Kriterien der Umweltverträglichkeit (die ökologische Bilanzierung der Produktion), der Beschäftigungs- und Sozialverträglichkeit, der Verteilungsgerechtigkeit der Wirtschaftstätigkeit, wie ich sie zuvor umschrieben habe.

Durch eine derart erweiterte und effektiv institutionalisierte Verträglichkeitsprüfung würde der Wachstumsprozeß qualitativ bestimmt, die Rahmenbedingungen änderten sich, das resultierende Wachstum des Sozialprodukts ließe sich als „qualitativ“ apostrophieren; das Wachstum würde sich in eine andere Richtung bewegen, anders strukturiert sein, und vornehmlich anderen sozialen Gruppen zu kommen.

5. Kriterien eines Konzepts qualitativen Wachstums²⁷

Die folgenden normativen Postulate könnten als wesentliche Elemente eines neuen Paradigmas zukünftiger Entwicklungen verstanden werden und dazu beitragen, daß „Qualität des Lebens“ zu einem Handlungsziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wird:

- Die Praxis eines exponentiellen Wirtschaftswachstums muß sich da in Frage stellen, wo sich erweist, daß nicht alle wachstumsrelevanten Faktoren quantitativ zunehmen, sondern abnehmen, bzw. wo die negativen Wirkungen (die „Kosten“) die positiven (die „Erträge“) übersteigen oder auch nur ein bestimmtes Maß überschreiten. Zum einen produziert quantitatives Wachstum bisheriger Art hohe negative Wirkungen, zum anderen nähern sich die (nicht-regenerierbaren) Ressourcen bei exponentiellem Abbau auch exponentiell der Erschöp-

fung. Ein Inbezugsetzen von Ökonomie und Ökologie und die Erreichung befriedigender Lebensumstände (Minimal- bzw. Maximalstandards) sind daher in vielerlei Hinsicht notwendiger als eine (vermeintliche) Nutzenmaximierung in der bisher definierten Richtung (über Markteinkommen). Eine ökologisch orientierte Wirtschaftsweise erkennt die Einschränkungen gegenüber den verfügbaren Ressourcen und der natürlichen Umwelt, sie wird die ökologischen Verhältnisse nur „weise“ ändern, Recycling-Mechanismen schaffen, der Dauerhaftigkeit der Güter ein besonderes Augenmerk geben. Unter qualitativem Wachstum ließe sich dann eine Erhöhung des Sozialprodukts (bzw. des Einkommens) verstehen, die mit deutlich verringertem Rohstoff- und Energieverbrauch und mit einer geringeren (bzw. keiner weiteren) Umweltbelastung auskommt: „zero net environmental destruction (ZNE)²⁸.“ *Hierzu wären also Produktions- und Konsumgüter mit besseren Gebrauchseigenschaften bei gleichem oder verringertem Ressourceneinsatz je Produkteinheit erforderlich.*

- Erreichte Positionen des Umweltschutzes und die Gemeinsamkeit des Bekenntnisses zu einer gesunden Umwelt können aufgrund konjunktureller Überlegungen, Entscheidungen und Taktiken leicht ins Wanken geraten: die kurzfristige Sorge um Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und öffentliche Finanzen wird zunehmend stärker als die langfristige Sorge um die Erhaltung der Umwelt. Unternehmer sprechen von Umsatzverlusten, Gewerkschaften vom Verlust von Arbeitsplätzen, Kommunen von Haushaltsdefiziten, wenn schärfere Umweltgesetze und -verordnungen realisiert würden. Noch immer geht man in Politik und Wirtschaft überwiegend davon aus, daß Aufwendungen in die neue Dimension qualitativen Wachstums nicht nur kurzfristig, sondern auf Dauer das „eigentliche“ Wachstum schmälern müßten. Dies kann in eine gefährliche Zwickmühle führen, zumal übersehen wird, daß Aufwendungen zur Erhaltung der Umwelt qualitative Voraussetzungen auch für künftiges quantitatives Wachstum bilden: „Denn erstens bildet die Verbesserung der Umweltqualität, ja schon die Verhinderung weiterer Umweltbelastung, ein immaterielles Komplement für ein neues Angebot und neue Nachfrage nach materiellen Gütern, die in einer belasteten Umwelt nicht zustande kämen, und zweitens schaffen solche Maßnahmen, da sie auf die Hilfe von materiellen Gütern angewiesen sind, auch unmittelbar neues Angebot und neue Nachfrage, beispielsweise in den entstehenden Entsorgungsindustrien²⁹.“ Es gilt also, eine falsche Wahl zu vermeiden und die Möglichkeiten voll auszuloten, die eine Harmonisierung von Teilzielen (eine gleichzeitige Anwendung der genannten Kriterien qualitativen Wachstums) zulassen.
- Um das Beschäftigungsproblem tatkräftig angehen zu können, müssen Kooperation und Solidarität als Organisationsprinzipien stärkere Bedeutung im Wirtschaftsprozeß finden. Die bessere „Verteilung der

vorhandenen Arbeit auf mehr Schultern“ ist sicherlich notwendig und stellt doch zugleich hohe Anforderungen an die Einsicht von Gewerkschaften und Unternehmertum. Des weiteren wird aber das Beschäftigungsproblem nur lösbar sein, wenn die Arbeitnehmer Teile der möglichen Lohnerhöhungen gegen mehr Freizeit eintauschen und/oder die Unternehmer sich mit geringeren Profitsraten zufriedener geben. Der Mehreinsatz von Arbeitskraft wird dann möglich, wenn die erstrebte Kapitalrentabilität nicht länger allein (oder primär) darüber entscheidet, ob und wofür Kapital verfügbar gemacht wird.

- Solange der Produktivitätsanstieg in bestimmten Wirtschaftsbereichen kontinuierlich über dem Produktionsanstieg liegt, müssen Arbeitsplätze in anderen Bereichen für die „Freigesetzten“ bereitgestellt werden. Anders als der Industriesektor wird und kann der Dienstleistungssektor sich weiter ausdehnen – zumal in der Bundesrepublik, wo der Anteil des Industriesektors nach wie vor fast 10 Prozentpunkte über dem entsprechenden Anteil in den anderen OECD-Ländern liegt. Der wichtigste Bedarf liegt dabei sicherlich im Bereich der Human-Dienstleistungen.

Wenn Wachstum zur ersatzlosen Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen wird oder die Identitätsfindung des Arbeitenden verhindert, dann muß der Übergang geschafft werden zu einem insgesamt arbeitsplatzerhaltenden bzw. -verbessernden technischen Fortschritt, die „Humanisierung der Arbeitswelt“ könnte zu einem gehaltvollen wirtschaftspolitischen Programm gemacht werden. Ein neues Technologie-Kriterium kann einerseits bei der jetzigen staatlichen Forschungsförderung relativ schnell stärkeren Eingang finden. Wenn es stimmt, daß der Abstand zwischen dem, was wir tun können, und dem, was wir tun dürfen, größer wird, dann wird andererseits das Technologiemanagement zu einer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe, die organisatorisch und personell völlig anders angegangen werden muß, als dies bisher geschieht.

- Schließlich muß das Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit zu einem integrierten Bestandteil der wirtschaftlichen Tätigkeit werden, wobei „Verteilung“ zugleich differenzierter gesehen werden muß als dies bisher geschieht. Doch selbst wenn man Verteilung nur im Sinne von Einkommensverteilung versteht, so führt – bei gegebener Ungleichheit dieser Verteilung – jede generelle, nicht qualifizierte Wachstums-politik zu einer Perpetuierung dieser Ungleichheit, absolut gesehen zu einer Vergrößerung: Wenn zum Beispiel die Relation des oberen Einkommensfünftels zu der des unteren wie 6 : 1 ist, führt generelles Wachstum (Einkommenssteigerung) zu einer ebensolchen Begünstigung des oberen Einkommensfünftels. Die theoretische Diskussion um Alternativen im Sinne integrierter Entwicklungs-Indizes (Wachstums- und Verteilungsziel) ist fortgeschritten⁹⁰, ihre Anwendung aber steht noch aus.

Wollte man das Gesagte noch einmal zusammenfassen, so ließe sich festhalten, daß die Kriterien erfolgreichen wirtschaftlichen Handelns weniger formeller und mehr substantieller Natur werden müssen. *Bei Einbeziehung der genannten Kriterien in ein Konzept qualitativen Wachstums könnte man sagen, daß Wachstum aus einer vorgegebenen mehr zu einer abgeleiteten Variablen wird.* Man könnte auch sagen, daß es sich um neue Rahmenbedingungen handelt, die, aus der Defizit-Analyse des bisherigen Wachstums ableitbar, den künftigen Wachstumsprozeß stärker qualifizieren.

6. Einige Schlußbemerkungen

- Quantitatives Messen in den genannten Richtungen ist eine Voraussetzung für die Gestaltung qualitativen Wachstums und die Orientierung an dem Leitbild der „Qualität des Lebens“. Besseres Messen ist zugleich Bedingung für die Erweiterung der als unzureichend erkannten aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Steuerungskapazität. Wirtschaftspolitik mißt ihren Erfolg dann nicht mehr allein oder überwiegend an der Wachstumsrate des Sozialprodukts, sondern auch an der Veränderung der Netto-Wohlfahrt bzw. an den Bewegungen sozialer Indikatoren, die eine qualitative Veränderung der Lebensbedingungen anzeigen.
- Die genannten Ansätze ermöglichen auch ein stärkeres Bewußtwerden darüber, daß es zukünftig mehr auf den Zweck und die Art des Wachstums ankommt, einschließlich seiner subjektiven Dimensionen, denn auf die aggregierte Wachstumsrate selbst. Bei aller Kritik an der bisherigen offensichtlichen mangelnden politischen Durchschlagskraft der Idee eines „qualitativen Wachstums“, stellt das Konzept in den ersten vorliegenden Konturen doch eine und vielleicht die einzige Möglichkeit dar, den Konflikt zwischen quantitativem Wachstum und seinen aufgezeigten Folgen und seinen Grenzen zu bewältigen.
- Zugleich wird im Hinblick auf die Bestimmung und Gewinnung qualitativen Wachstums die Notwendigkeit eines immensen Lernprozesses offenbar. Dieser Voraussetzung kann man verständlicherweise zumindest skeptisch gegenüberstehen. Ob die genannten Ansätze also im Sinne der tatsächlichen Durchsetzung qualitativen Wachstums auch genutzt werden, welche politischen und rechtlichen Möglichkeiten der Realisierung von Alternativen gegeben sind, wie die Ersetzung quantitativer durch qualitative Komponenten vorstatten gehen kann, dies sind Fragen, deren Beantwortung nicht leicht ist, weil sie eine gesellschaftliche Diskussion voraussetzen, über deren Ergebnis hier nicht zu spekulieren war.

Anmerkungen

- ¹ E. Eppler: Die Qualität des Lebens. In: Aufgabe Zukunft. Qualität des Lebens, Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der IG Metall, 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1972, S. 86–101, hier S. 86.
- ² Ebd., S. 91.
- ³ Ebd., S. 98.
- ⁴ Drei Belege seien hierfür benannt: L. D. Wilcox et al.: Social Indicators and Societal Monitoring. An Annotated Bibliography, Amsterdam etc. 1972; H. Simonis/U. E. Simonis: Lebensqualität. Zielgewinnung und Zielbestimmung. Quality of Life. Methods and Measurement, Bd. 21, Kieler Schrifttumskunden zu Wirtschaft und Gesellschaft, Kiel 1976; C. Leipert: Gesellschaftliche Berichterstattung. Eine Einführung in Theorie und Praxis sozialer Indikatoren, Berlin etc. 1978.
- ⁵ E. Eppler: Qualifiziertes Wachstum. Nur eine Floskel? In: Die Zeit, Nr. 35, 5. Aug. 1977, S. 20.
- ⁶ J. Galtung: Gedanken über die Zukunft. In: Aufgabe Zukunft. Qualität des Lebens, a. a. O., S. 218–243, hier S. 224.
- ⁷ Notwendig aber nicht hinreichend ist die Formulierung „humanen Wachstums“ in: Forum SPD, Materialien: Vorausschauende Strukturpolitik für Vollbeschäftigung und humanes Wachstum. Hrsg.: Vorstand der SPD, Bonn 1977. In mancher Hinsicht konkreter waren die Ausführungen auf der Fachtagung „Energie–Beschäftigung–Lebensqualität“ am 28. und 29. April 1977 in Köln. Hrsg.: Vorstand der SPD, Bonn 1977 (vgl. darin besonders das Grundsatzreferat von E. Eppler, S. 16–30).
- ⁸ J. Galtung: Gedanken über die Zukunft, a. a. O., S. 225.
- ⁹ C. F. von Weizsäcker: Mit der Kernenergie leben. In: Die Zeit, Nr. 13, 24. März 1978, S. 9–12, hier S. 10.
- ¹⁰ F.D.P.–Informationsdienst Nr. 8 (Perspektivkommission): Aktuelle Perspektiven des Liberalismus. Bonn 1977, S. 11–23, hier S. 15.
- ¹¹ Vgl. I. Illich: Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik. Reinbek 1975.
- ¹² K. Zimmermann: Aspekte des qualitativen Wachstums. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 2, 1976, S. 310.
- ¹³ Vgl. Frankfurter Rundschau, 7. Juni 1977.
- ¹⁴ DIW, Wochenbericht, Nr. 26, Juli 1977.
- ¹⁵ K. Zimmermann: a. a. O., S. 312.
- ¹⁶ F. Blum: Nationalökonomie als Engagement für Werte. In: Sozialwissenschaften – wozu? Magazin Brennpunkte 8, mit Beiträgen von Fred Blum, Johan Galtung, K. William Kapp, Klaus M. Meyer-Abich, Gunnar Myrdal, Ignacy Sachs, Udo E. Simonis, Frankfurt a. M. 1977, S. 23–36, hier S. 23.
- ¹⁷ E. Küng: Die Qualität des Lebens als Ziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. In: Schweizerische Monatshefte, 54, 1974, S. 21–32, hier S. 21.
- ¹⁸ Perspektivkommission der F.D.P.: a. a. O., S. 16.
- ¹⁹ E. Küng: Die Qualität des Lebens . . . , a. a. O., S. 22.

- ²⁰ J. Galtung: Menschliche Bedürfnisse. Brennpunkt für die Sozialwissenschaften. In: Sozialwissenschaften – wozu? a.a.O., S. 89–110, hier S. 93.
- ²¹ Vgl. z. B.: C. Leipert: Unzulänglichkeiten des Sozialprodukts in seiner Eigenschaft als Wohlfahrtsmaß. Tübingen 1975; S. Lörcher: Zur Quantifizierung der „Sozialen Wohlfahrt“ in Japan. Bd. 80, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1976; P. Walser: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Revision und Erweiterung. Göttingen 1975.
- ²² E. Eppler: Grundsatzreferat, Fachtagung „Energie–Beschäftigung–Lebensqualität“, a.a.O., S. 26.
- ²³ Vgl. Measuring Net National Welfare of Japan. Report of the NNW Measurement Committee, Economic Council of Japan, Tokyo 1974. Eine vergleichbare Studie für die Bundesrepublik fehlt bisher.
- ²⁴ Vgl. z. B. W. Zapf (Hrsg.): Soziale Indikatoren, a.a.O.; C. Leipert: Gesellschaftliche Berichterstattung, a.a.O.
- ²⁵ E. Küng: Die Qualität des Lebens . . . , a.a.O., S. 32.
- ²⁶ Zitiert nach Kieler Nachrichten, 7. Juni 1977.
- ²⁷ Vgl. zum folgenden: E. Küng: Die Qualität des Lebens . . . , a.a.O.; derselbe: Die Krise der Wohlstandsgesellschaft und die notwendige Umorientierung – Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums. In: Universitas 27, 1972, S. 1153–1161; Wirtschaftsdienst, a.a.O.; K. W. Kapp: Nationalökonomie und rationaler Humanismus. In: Kyklos, Vol. 21, 1968, S. 1–25.
- ²⁸ Im englischsprachigen Raum ist hierfür die Formel ZNED (zero net environmental destruction) gebräuchlich geworden. Vgl. z. B. A. Weintraub et al.: The Economic Growth Controversy, White Plains, New York 1973, S. 194 ff.
- ²⁹ Vgl. G. Scherhorn: Arbeitszeitverkürzung, Vollbeschäftigung und angemessenes Wachstum, Thesen und Beispiele. In: Wirtschaftsdienst, 4, 1978, S. 185.
- ³⁰ Vgl. z. B. H. Chenery et al.: Redistribution with Growth. London 1974, insbes. S. 38 ff.